

# Kooperation Krieg in Europa – Erwartungen der Wirtschaft an die Politik

---

**Freitag, 17.02.2022, ab 15:00 Uhr**

hbw | Haus der Bayerischen Wirtschaft, Europasaal

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

---

## Begrüßung

---

**Bertram Brossardt**

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

---

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
im Namen der Bayerischen Wirtschaft begrüße  
ich Sie sehr herzlich hier im Haus der  
Bayerischen Wirtschaft. Ein herzlicher Gruß geht  
auch an die zahlreichen Zuschauerinnen und  
Zuschauer, die unsere Veranstaltung per Stream  
im Internet verfolgen.

Seit 2006 ist es gute Tradition, dass die  
Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft  
gemeinsam mit dem Bundesverband der  
Deutschen Industrie zum Auftakt der Münchner  
Sicherheitskonferenz einen Kongress  
veranstaltet. Für diese jahrelange gute  
Zusammenarbeit bedanke ich mich sehr  
herzlich.

Diesen Dank möchte ich stellvertretend für alle  
Verantwortlichen des BDI an Sie richten,  
verehrte Frau Tanja Gönner. Sie vertreten heute  
Ihren Präsidenten, Professor Russwurm. Dafür  
danke ich Ihnen. Sie sind seit November

Hauptgeschäftsführerin des BDI und in dieser Funktion zum ersten Mal hier im Haus der Bayerischen Wirtschaft. Ich freue mich sehr, dass Sie hier sind. Seien sie ganz herzlich Willkommen.

Es gibt eine weitere Änderung in unserem Programm. Leider war es der ukrainischen Delegation nicht möglich, jemanden zu uns zu schicken. Dafür habe ich Verständnis, ich bedauere es aber sehr. Wir alle hätten sehr gerne einen Vertreter oder eine Vertreterin aus der Ukraine begrüßt und gehört. Auch um klar zu zeigen, dass wir hinter der Ukraine stehen!

Umso mehr freue ich mich, Herrn Dr. Géza Andreas von Geyr, den Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Russischen Föderation begrüßen zu können. Sehr geehrter Herr Botschafter, Exzellenz, ich danke Ihnen von ganzem Herzen, dass Sie sehr kurzfristig und

spontan zu uns gekommen sind. Das ist nicht selbstverständlich.

Und dieser Dank gilt auch Herrn Michael Harms, Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft. Er hat sozusagen auf den Herrn Botschafter „verzichtet“ und es somit möglich gemacht, dass sie beide nun bei uns hier sind. Vielen Dank und herzlich willkommen.

Ganz herzlich begrüße ich die weiteren aktiven Teilnehmerinnen und Teilnehmer unserer Veranstaltung:

- den Bundestagsabgeordneten Wolfgang Hellmich, sicherheitspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag,
- Frau Susanne Wiegand, Vorsitzende der Geschäftsführung der Renk Group in Augsburg,
- den Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Alfons Mais,

- Wolfgang Niedermark, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des BDI,
- Herrn Professor Sönke Neitzel, Professor für Militärgeschichte an der Uni Potsdam und
- den Chefredakteur des Bayerischen Rundfunks, Christian Nitsche, der uns als Moderator durch den heutigen Nachmittag führen wird.

Ihnen allen ein herzliches Dankeschön für Ihre Teilnahme an unserem Kongress.

Außerdem begrüße ich hier im Saal

- Frau Elisa Valentin, Generaldelegierte der Vertretung der Regierung von Québec in München.

Im Netz begrüße ich:

- Frau Hildegard Müller, Hauptgeschäftsführerin des Verbands der Deutschen Automobilindustrie (VDA),

- Frau Isabell Halletz, Geschäftsführerin des Arbeitgeberverbands Pflege,
- Herrn Peter Schwarz, Geschäftsführer von bavAIRia e. V.
- Herrn Dr. Berthold Stoppelkamp, Geschäftsführer des Bundesverbands der Sicherheitswirtschaft.

Schön, dass Sie alle dabei sind.

Meine Damen und Herren,

heute in einer Woche jährt es sich zum ersten Mal, dass Russland seinen Nachbarn Ukraine überfallen und damit auch die europäische Friedensordnung über Nacht in Schutt und Asche gelegt hat. Bundeskanzler Scholz hat zu Recht von einer Zeitenwende gesprochen, denn der barbarische Akt Putins hat uns gezwungen, vieles neu und komplett anders als bisher zu denken.

Zuallererst hat uns dieser Krieg aber wieder bewusst gemacht, dass wir unsere Demokratie

und unsere Freiheit jeden Tag aufs Neue vor ihren Feinden schützen und verteidigen müssen.

Meine Damen und Herren,

Demokratie und Freiheit, Demokratie und soziale Marktwirtschaft gehören zusammen! Sie sind Geschwister, und gemeinsam sind sie bärenstark!

Vielleicht haben wir es in der Vergangenheit versäumt, unseren Gegnern und Systemrivalen in der Welt klarzumachen, wie stark wir als westliche Demokratien in Wirklichkeit sind. Die Ukraine zeigt das jeden Tag. Denn: Sie verteidigt neben ihrer Unabhängigkeit und Souveränität auch europäische Werte. Allein deswegen ist und bleibt das Gebot der Stunde die Solidarität mit der Ukraine.

Als Bayerische Wirtschaft sprechen wir uns erneut und in aller Deutlichkeit gegen den russischen Angriffskrieg und für das ukrainische

Recht auf Selbstverteidigung aus. Gemäß unseren Möglichkeiten werden wir den Wiederaufbau der Ukraine unterstützen.

Die Stärke westlicher Demokratien zeigt nicht nur die Politik, die in EU, Nato und der Ukraine an einem Strang gegen den russischen Aggressor zieht. Diese Stärke zeigen auch die deutsche und bayerische Wirtschaft.

Die Unternehmen haben sich von den durch den Krieg ausgelösten Multikrisen nicht unterkriegen lassen.

Die Wirtschaft ist dank eines gemeinschaftlichen Kraftakts nicht dramatisch eingebrochen.

Die Arbeitsplätze sind nicht ernsthaft in Mitleidenschaft gezogen worden.

Und der Zusammenhalt in den Betrieben ist wie in der gesamten Gesellschaft nicht etwa geringer, sondern eher größer geworden.

Meine Damen und Herren,



wir müssen alles tun, damit das so bleibt!

Ich will ein paar wenige Punkte ansprechen, die dazu aus unserer Sicht jetzt politisch verstärkt in Angriff genommen werden müssen.

Zuallererst gilt es, die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes wiederherzustellen.

Oberste Aufgabe des Staates ist es, die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, die Sicherheit auch vor Aggressoren von außen. Das Sondervermögen für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro ist hier eine gute Entscheidung. Ebenso richtig ist es, die Verteidigungsausgaben gemäß dem Nato-Ziel dauerhaft auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung zu erhöhen.

Als Bayerische Wirtschaft sind wir der Meinung: Wir sollten den Verteidigungshaushalt entsprechend ausstatten und das Sondervermögen oben draufpacken. Das wäre das kraftvolle Signal, dass unser Land wehrhaft

ist und künftig wieder deutlich wehrhafter werden wird!

Dazu gehört aus unserer Sicht auch eine schnelle Beschaffungsoffensive. Wir müssen vorhandene Lücken schnell schließen und unsere Streitkräfte modernisieren, unsere Verteidigungsindustrie – gerade auch die bayerische – hat viele Lösungen dafür.

Meine Damen und Herren,

jedes dritte deutsche Wehrtechnikunternehmen hat seine Heimat in Bayern. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir es als vbw, dass bei uns jetzt ein neuer Technologie-Hub für die bayerische Sicherheits- und Verteidigungsindustrie entsteht. Denn wir brauchen eine leistungsfähige Wehrindustrie, um unsere Sicherheit, Freiheit und Demokratie zu schützen.

Wir müssen aber auch in Europa zusammenstehen. Denn klar ist:

Kein EU-Mitgliedsstaat ist alleine in der Lage, die nächste Generation von Verteidigungsgütern zu entwickeln oder komplett zu finanzieren. Deshalb kann der notwendige Ausbau militärischer Fähigkeiten der Bundeswehr nur im europäischen Kontext geschehen. Das heißt: Nicht jeder für sich, sondern gemeinsam – und jeder nach seinen Möglichkeiten.

Meine Damen und Herren,

wir müssen uns aber nicht nur mit Waffen, sondern auch digital verteidigen können.

Konflikte werden heute auch im Netz ausgetragen. Die Hackerangriffe auf Internetseiten von Unternehmen und Behörden nach der Panzerentscheidung der Bundesregierung sind hier ein weiteres Alarmsignal.

Wir müssen unsere Cyberabwehr stärken, denn wir wissen: Digitale Souveränität ist inzwischen

ein integraler Bestandteil von Wehrhaftigkeit. Das gilt auch gegenüber Desinformationskampagnen, wie sie insbesondere von Russland ausgehen. Zur Wehrhaftigkeit der Demokratie gehört auch, den Feinden der Demokratie keine Plattform zu geben. Russische Propagandasender haben bei uns nichts verloren!

Meine Damen und Herren,

als Bayerische Wirtschaft wissen wir aber auch: Sicherheit muss ganzheitlich gedacht werden.

Es darf keine einseitigen Abhängigkeiten von Drittstaaten geben. Dass Putin Energie als Waffe eingesetzt hat, hat uns dafür schmerzlich die Augen geöffnet. Wir müssen unsere Liefer- und Absatzmärkte diversifizieren. Und die Politik muss uns zur Seite stehen, indem sie neue Handels- und Partnerschaftsabkommen schließt – vor allem mit Ländern und Regionen, die unsere demokratischen Werte teilen. Deshalb begrüßen wir auch die aktuellen Bemühungen,

endlich ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem südamerikanischen Staatenbund Mercosur abzuschließen.

Höchste Vorsicht ist geboten, wenn autoritäre Regime Zugriff auf unsere Infrastruktur bekommen wollen. Wir müssen uns vor ausländischer Spionage und Sabotage bestmöglich schützen, und das betrifft nicht nur die schon erwähnte Cyberabwehr.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich noch einen Punkt machen:

Wir haben die Warnungen unserer mittel- und osteuropäischen Partner in Bezug auf Russland in der Vergangenheit nicht ernst genug genommen. Auf unserem Side Event zur Münchner Sicherheitskonferenz 2020 sagte der Europaabgeordnete und polnische Außenminister a. D. Radosław Sikorski, dass die mittel- und osteuropäischen Staaten die Verteidigungslücken schließen, die vor allem die

Bundesrepublik hinterlässt. Das darf nicht mehr sein.

Es darf auch nicht mehr sein, dass wir innerhalb der EU die sicherheitspolitischen Interessen unserer rumänischen, polnischen oder baltischen Partner vernachlässigen. Wir brauchen eine starke Achse Richtung Warschau, Vilnius, Riga und Tallinn.

Ein Letztes: Für die strategische Sicherheit in Europa ist auch der Westbalkan ein wesentlicher Faktor. Wir müssen diese Region an die EU heranzuführen. Als Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft leisten wir einen bescheidenen Beitrag dazu. Wir haben diese Woche ein Verbindungsbüro in Albanien eröffnet, das die Wirtschaftsbeziehungen voranbringen und uns bei der Fachkräfte- und Arbeitskräftegewinnung helfen soll. Es könnte als Modell für den Westbalkan dienen.

Die kleine Auswahl unserer Erwartungen an die Politik zeigt: Wir haben in Deutschland und Europa große Herausforderungen zu meistern.

Wir können die damit verbundenen Aufgaben aber selbstbewusst angehen. Denn gegenüber unseren Gegnern und Rivalen haben wir nach wie vor die besseren Voraussetzungen.

Demokratie und Marktwirtschaft schaffen nun einmal mehr Wohlstand, gewähren mehr Freiheit und geben mehr Zukunftschancen als der Staatskapitalismus chinesischer oder russischer Prägung.

Es liegt an uns, diese Stärke auszuspielen und die führende Rolle des Westens in der Welt zu bewahren. Als Wirtschaft sind wir aus Überzeugung bereit, unseren Teil dazu beizutragen, dass uns die Zeitenwende am Ende in wieder bessere Zeiten führen wird.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.